

SVP-Nationalrat fordert Krisengipfel

- 19.01.2025
- SonntagsBlick

Automobil-Streit um CO2-Strafen Für Verkehrspolitiker und Garagistenvertreter Thomas Hurter braucht es «dringend» einen Austausch zwischen Verwaltung und Autobranche. In einer Sache sind sich alle einig, was den Schweizer Strassenverkehr betrifft: Die Schweiz ist punkto Elektroautos ein Entwicklungsland. Dass sich dies ändern sollte, wäre eigentlich politischer Konsens, doch ist zwischen Bundesverwaltung und Wirtschaft ein erbitterter Streit über die Massnahmen entbrannt. Das Bundesamt für Energie will die Schweizer Autohändler rückwirkend zu Strafzahlungen verdonnern, weil die Kundinnen und Kunden weniger E-Autos kaufen, als für die Erreichung der Klimaziele nötig wären. Die krisengeschüttelte Autobranche befürchtet einen Kahlschlag und macht Druck beim zuständigen Bundesrat Albert Rösti (57), wie SonntagsBlick berichtete («Mit Vollgas gegen die Autobranche»).

Sie pocht auf mehr Zeit. Die Bundesverwaltung bleibt hart und argumentiert mit dem CO2-Gesetz. Das ruft auch Verkehrspolitiker und SVP-Nationalrat Thomas Hurter (61) auf den Plan. «Es braucht dringend einen Krisengipfel zwischen Verwaltung und der Automobilbranche», sagt er. Dabei sein müssten auch die Importeure und das Garagengewerbe.

Man solle «einen vertretbaren Weg finden, die CO2-Gesetzgebung umzusetzen», so Hurter weiter. Hurter vertritt als Präsident des Autogewerbe-Verbands Schweiz die Garagisten im Land. Es könne nicht sein, dass das Gewerbe dafür bestraft werde, dass die Nachfrage nach Elektroautos ungenügend sei. «Das ist, als ob man die Grossverteiler dafür bestrafen würde, dass die Leute zu wenige Bioprodukte kaufen.» Die Entscheidung liegt nun beim Bundesrat.

- REZA RAFI Wehrt sich für die Garagisten: Verkehrspolitiker Thomas Hurter..